

andrer in Bau befindlichen wichtigsten Eisenbahnlinien, die Entwicklung des Künzels-Steinobstbedeckens, Bewässerungsanlagen in Turkestan zwecks Sicherstellung der russischen Textilindustrie.

Es ist leider fraglich, ob die Volkswirtschaft zu der Vollendung ihrer Pläne kommen. Aber sie gehen an sie mit einem Schwung und einer Listkraft heran, die die wohl trainierte, aber niemals zu einem raschen Ende kommende Bürokratie des Jaren tief bestürzt.

Vorfällen der Tschecho-Slowaken.

Amsterdam, 18. Juli. (Telunt.) Times melden aus Peking, daß die Tschecho-Slowaken von Tschiang Kai-schank aus längs des Eisenbahnlinie südlich des Pailai-Sees vorrücken. Sie sind von neuem in einen heftigen Kampf mit den Bolschewiki verwickelt.

London, 17. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt von polnischer Seite, daß die tschecho-slowakische Armee in Sibirien zahlreiche russische Einheiten unter den Generälen Gribitsch, Blagow, Dulow, polnische Abteilungen unter General Michailow sowie Reste der eisernen Karpatenbrigade unter dem Obersten Guller umfaßt.

Nach eine litauische Armee gegen die Sowjets.

Die das litauische Pressebureau in Lausanne mitteilt, hat eine 35 000 Mann starke litauische Armee des Generals Klimaitis, bestehend aus ehemaligen Soldaten der russischen Armee, Litauen besetzt, nachdem sie den Truppen der Sowjets, die sich vergeblich bemüht, den Formirer der Litauen aufzuhalten, eine schwere Niederlage zugefügt hatten. Zahlreiche freiwillige Stämme der Armee des Generals Klimaitis zu, der auf Petersburg marschiert, indem er die bolschewistische Armee auf ihrem ungeordneten Rückzuge verfolgt.

Die unzuverlässige Peterburger Garnison.

Stockholm, 18. Juli. (Telunt.) Nowaja Schtscha meldet, daß in der Peterburger Garnison zwischen den roten Bolschewiki sich antibolschewistische Bestrebungen bemerkbar machen, was die Ausweisung des russischen Regiments von Petersburg zur Folge haben wird.

Der Hurman-Gebiet.

Das Zentralkomitee der ausländischen Organisationen der finnischen Sozialdemokraten wandte sich an die finnische Rote Garde im Finmarkgebiet mit dem Aufruf, sofort den Dienst in der englischen Armee zu verlassen und mit allen Kräften die Zentral-Sowjet-Regierung in Rußland zu unterstützen.

Die Neuorientierung der Kadetten.

Ueber den neuen Kurs innerhalb der russischen Kadettenpartei berichtet Max Wehrmann der Hoff. Zeitung aus Stockholm:

Wargon Koldo, einer der angehebensten Führer der Kadetten, hat sich schon ausgesprochen, daß die Neuorientierung innerhalb der Kadettenpartei als vollendete Tatsache angesehen werden könne. So lange der Weltkrieg für Rußland ein Nationalkrieg war, hielten wir zu unfern westlichen Verbündeten, von denen wir eine Unterstützung unserer nationalen Bestrebungen erwarten durften. Diese Unterstützung war uns von unfern Verbündeten noch der Abhandlung des Jaren neuerdings entlich bekräftigt worden. Die Verhandlungen haben ihr Versprechen nicht gehalten. Schon beim Regierungsantritt des Kabinetts Kerenski hatten wir Beschwerde, daß unter westlichen Verbündeten mit uns ein faßliches Spiel spielen. Neue Grundzüge für unsere Partei sollen nunmehr in Rußland, wobei wir durchdrungen werden, wobei wir wohl auch Gelassenheit haben werden, und darüber zu unterrichten, wie weit man deutschseits geneigt wäre, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen. Was die Oktoberistenpartei anbetrifft, so glauben wir, daß ihre unteren Kräfte uns schon jetzt sicher ist. Die sogenannte Moskauer Richtung der Oktoberisten, zu der sich namentlich die doctrine Grachinska und Grohinskae bekennt, steht allerdings noch auf Seiten der Verbändemächte. Aber auch diese Parteien werden hoffentlich bald einsehen, daß die bürgerlichen Parteien in Rußland auf eine Unterstützung durch die Entente nicht mehr rechnen können, und daß namentlich die russische Volkswirtschaft bei fernem Festhalten an der Entente und deren sozialrevolutionären russischen Willkür unentzinnbar dem Untergang geweiht ist.

Auch nach diesen Mitteilungen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Kadetten sich an Deutschland anzuschließen gedenken, um mit deutscher Hilfe die Volkswirtschaft zu stützen. Die deutsche Regierung wird demgegenüber an dem Standpunkt "keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten" festhalten müssen. Sie würde sonst Gefahr laufen, in Rußland einem Lager zum Siege zu verhelfen, das dem Dreier Frieden naturgemäß viel feindlicher gegenübersteht als die Volkswirtschaft. Im übrigen wird die deutsche Regierung auf den demnachst in Berlin beginnenden Wirtschaftsverhandlungen mit den Vertretern der Räteregierung Gelegenheit haben, ihre freundlichen Gesinnungen gegenüber Rußland zu dokumentieren und die stark anschwappenden Hoffnungen der Entente auf die Neuschaffung einer Ostfront zu zerstreuen. Der neue Staatssekretär v. Hingge wird bei dieser Gelegenheit seine Meisterarbeit zu liefern und zu beweisen haben, daß er wirklich der Landläufer ist, als der er uns seit vierzehn Tagen angepriesen wird. Die deutsche Regierung wird zeigen müssen, daß sie sich nicht in die inneren Verhältnisse Rußlands mischen will, daß sie keine weiteren Eroberungen beabsichtigt, daß sie die Getreide- und Kohlenzufuhr aus der Ukraine und der Erze aus dem Kaukasus nach Rußland nicht gänzlich unterbinden will. Sie wird auf den türkischen Bundesgenossen einwirken müssen, um seinen überausenden Tätigkeitsdrang im Kaukasus zu zügeln, wozu sie aber nur moralisch legitimiert sein wird, wenn sie selbst auf alle romantischen Dufelien in Ostland und Westland verzichtet.

Rodsjanko in Kofstom.

Moskau, 16. Juli. (Peterburger Telegraphen-Agentur.) In Kofstom am Don befindet sich der Führer der Oktoberisten, der frühere Vorsitzende der Reichsduma, Rodsjanko, der am 8. Juli einen Aufruf über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Monarchie hat drucken lassen. Herr Rodsjanko lebt in dem von deutschen Truppen besetzten Kofstom unter dem Schutz des Generals Krasnow.

Die angestrebte Reichswohnversicherung.

Die bestehende und sich voraussichtlich noch steigende Wohnungsnot beschäftigt jetzt weite Kreise mit Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. So hat z. B. der Reichstag einen besonderen Ausschuss zur Beratung aller das Wohnungsproblem betreffenden Anträge und Petitionen eingesetzt. Unter den vielfachen Vorschlägen, mit denen er sich beschäftigte, kann derjenige auf Einführung einer Reichswohnversicherung besonderes Interesse beanspruchen. Der Gedanke ist in hochfreien, namentlich versicherungswissenschaftlichen, schon seit längerer Zeit erwogen worden. Das Reichsamt des Innern hat ihn für wichtig genug gehalten, ihn einer versicherungsmathematischen Begutachtung zu unterwerfen und das Ergebnis in einer Denkschrift dem erwähnten Reichstagsausschuss vorzulegen.

Die Anregung ging zunächst von Professor Dr. Schmittmann aus, der in einer Schrift: "Reichswohnversicherung: Kinderrenten durch Ausbau der Sozialversicherung", als einzig möglichen Weg zur Lösung des Wohnungsproblems für kinderreiche Familien einen Ausbau der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorschlägt. Beim Vorhandensein beider Elternteile sollen vom dritten Kinde an, steigend mit der Zahl der im nichtverheirateten Alter stehenden Kinder, Renten an diese in der Regel bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres gezahlt werden. Ist einer der Elternteile verstorben, so soll die Rente bereits beim Vorhandensein einer kleineren Kinderzahl (drei, falls die Mutter, zwei, falls der Vater verstorben ist) gewährt werden, aber in geringerer Höhe, weil das Wohnbedürfnis des verstorbenen Elternteils weggefallen ist. Für Vollwaisen soll eine Fürsorge durch eine Waisenrente an jedes Kind gewährt werden. Die Mittel sollen durch Beiträge der Versicherten, ihrer Arbeitgeber und des Reichs aufgebracht werden. Beitragspflichtig sollen die zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und nach dem Versicherungsgezet für Angestellte versicherten Personen sein. Beitragsfreiheit tritt ein, wenn sie schon Anspruch auf eine Rinderrente haben.

Die Untersuchungen des Reichsamts des Innern bauen sich auf dem bei unrer jetzigen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung eingeführten Kapitaldeckungsverfahren auf, d. h. es wird der gesamte Wert aller Fürsorgeleistungen an die vorhandenen Versicherten und den künftigen Zugang von Versicherten dem gesamten Wert aller künftigen Einnahmen aus Beiträgen des Reichs gegenübergestellt und daraus ein voraussichtlich dauernd gleichbleibender Beitrag berechnet (Wärmienburdscheinsverfahren). Berechnet nach dem Stande der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vom 1. Januar 1914 würde 879 000 Familienvätern mit vier oder mehr Kindern die geplante Fürsorge zuteil werden. Jede Familie soll für das dritte Kind eine monatliche Mindestrente von 10 Mark erhalten; im Mittel soll jeder Fürsorgefall mit jährlich 140 Mark abgedeckt werden. Bei mehr als vier Kindern soll für jedes Kind ein Zuschlag von 20 v. S. eintreten, so daß ein Vater von sechs Kindern eine mittlere Wohnrente von 196 Mark jährlich erhält. Nach weiteren umständlichen Berechnungen kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß sich der wöchentliche Beitrag für diese Wohnversicherung auf rund 28 Pfennig stellt. Das Reich könnte einen Teil der Beiträge übernehmen oder einen festbestimmten Zuschlag zu den Renten gewähren. Beim erstgedachten Wege würde eine Beteiligung des Reichs mit einem Drittel der Beiträge eine Aufwendung von anfänglich rund 50 Millionen Mark erfordern. Ein Zuschlag zu jeder Rente von 25 Mark würde eine Ausgabe von 40 Millionen Mark erzeugen. Die Bilanz verschlechtert sich, wenn die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse berücksichtigt werden. Nimmt man an, daß die Leistungen um 20 v. S. höher, die Beitragseinnahmen aus dem gleichen Teil geringer sind, so würde sich ein Wochenbeitrag von 42 Pf. ergeben. Bei vorläufiger Berechnung können also die Beiträge nicht niedriger sein als die zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Reichstagsausschuss hat beschlossen, die Frage der Bedeutung nachstehend noch gesondert und eingehend zu erörtern. Aus den gleichen Gründen seien hier noch einige Literaturhinweise gegeben. In zwei Arbeiten "Geburtsrückgang und Reichsversicherung" und "Kinderversicherung" in der Arbeiterverjorgung 1916 S. 73 und 1917 S. 265 tritt Landesrat Seemann für eine ähnliche Versicherung ein. Er will die Kinderrenten schon vom dritten Kinde an gewähren, da es sich darum handle, den Versicherten den Entschluß, mehr Kinder aufzuziehen, zu erleichtern. Geh. Regierungsrat Lütjmann will in einer Schrift "Des deutschen Volkes Wille zum Leben" die Rente zwar auch erst mit dem dritten Kinde beginnen lassen, von da an aber logischer die Rente für drei Kinder gewähren. Er lehnt Beiträge der Arbeitgeber zu dieser Versicherung ab und will (zum Ausgleich) den gesamten Beitrag zu der erweiterten Invalidenversicherung dritteln, so daß der Arbeitgeber zwei in der Krankenversicherung ein Drittel und der Versicherte zwei Drittel der Beiträge zu zahlen haben. Die Verwaltung will er aber wie leichter von Arbeitgebern und Versicherten zu gleichen Teilen (1) durchgeführt haben.

Einsinnigkeit herrscht darüber, daß die neue Versicherung an die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung anzuschließen sei und daß die Ausbringung der Mittel durch Einkleben von Beitragsmarken in die Quittungskarte geschieht. Staatsanwalt Feiler, Birmensdorf, will in einer Schrift "Gesetzliche Zulagen für jeden Haushalt" das Ziel, kinderreichen Familien eine Beihilfe zu gewähren, auf anderem Wege erreichen, nämlich durch Zuschüsse des Staates. Er lehnt die Form der Versicherung ab, weil der Kinderreichtum nicht zu einem Ungleich gestempelt werden dürfe. Es sei noch hinzugefügt, daß die deutschen (Invaliden-)Versicherungsanstalten auf ihrer Jahresversammlung im Mai 1918 in Berlin sich einstimmig für eine solche Erweiterung der Invalidenversicherung ausgesprochen. Auch ein vom deutschen Ausschuss für Kleinkinderfürsorge abgehaltener Kongress im Juni 1918 in Frankfurt a. M. stellte die gleichen Forderungen auf.

Bei der Frage handelt es sich nicht nur um die Lösung des Wohnungsproblems allein. Ganz mit Recht. Einerseits kann die Wohnungsnot an sich nicht mit solchen Versicherungsanstalten behoben werden. Zur Bekämpfung befriedigender Arbeiterwohnungen gehören billige Baumaterialien, billiges Bauhand, hinreichende Kapitalien zu niedrigem Zinsfuß usw. Diese Bedürfnisse werden am besten durch gemeinnützige Baugenossenschaften unter weitgehender Unterstützung durch Staat und Gemeinde gerecht werden. Ander-

seits ist auch einer gesunden Bevölkerungspolitik nicht allein mit der Bekämpfung der Wohnungsnot geholfen. Am zweckmäßigsten sind Maßnahmen, die in erster Linie das Bevölkerungsproblem lösen, daneben aber auch dem Wohnungsbedürfnis Rechnung tragen.

Das ist zweifellos bei den hier in Rede stehenden Bestrebungen, deren Bezeichnung mit Reichswohnversicherung nicht ganz zutreffend ist, der Fall. Allerdings ist für uns als Sozialdemokraten der Gedanke Feilers, die Kosten und die ganze Durchführung dem Staate als solchen aufzuerlegen, sympathischer. Wenn sich in alternativer Zeit die Verwirklichung solcher Bestrebungen herbeiführen läßt, sind wir gern zur Förderung bereit. Die Aufsichten auf Vereinnahmung der festgelegten Stellen hierzu sind aber sehr geringe. Würde dagegen Geneigtheit zur Bekehrung des Weges der Versicherung zur Hilfe für die Familiennot bestehen, so kann wohl die Sozialdemokratie auch hier zur Mitarbeit bereit sein. Die Pläne Schmittmanns müßten freilich verbessert werden. Das umständliche Kapitaldeckungsverfahren, das zunächst zur Anhäufung großer Kapitalien führt, wirkt bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht ermutigend. Indes ist die Hauptsache, daß zunächst so bald wie möglich etwas zur Linderung der Notstände überhaupt geschieht.

16 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 18. Juli. Aus stark erleichterten Verhältnissen versenken untre Unterseeboote im Mittelmeer vier Dampfer von rund 16 000 Tonnenträgerkraften. Ein Dampfer von mindestens 6000 T. wurde durch Torpedoschiff schwer beschädigt, konnte aber noch in einen nahen Hafen einlaufen. Außerdem wurden vier kleinere Segler versenkt. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Deutsches Reich.

Die Aussichten der Wahrscheinlichkeitsrechnung.

unterteilt in der Post vom 18. Juli. Er hält eine "Verständigung" für wenigstenswert, weil im anderen Falle eine "Kündigung" des Abgeordnetenhauses unausweichlich sei. Die Regierung wolle in dem Augenblicke auflösen, sobald ein negativer Ausgang aus den Verhandlungen im Herrenhause nicht mehr zweifelhaft erscheine. Die Staatsregierung hat in richtiger Würdigung der überaus schweren Bedenken, welche die Lösung des Wahlrechtsproblems durch Kampf schon im allgemeinen und im Besonderen im Krieges oder unmittelbar nach ihm unterliege, bisher dem Vorschlag der Linken auf abschließende Aufhebung widerstanden und, ohne sich durch die Verhinderung der Schwäche beirren zu lassen, die in "vollstem Sinne des Wortes ultima ratio behandelt". Man werde nach der politischen Gesamtlage darüber nicht im Zweifel sein können, daß dieser allerletzte Zeitpunkt gekommen sein würde, wenn auch die Verhandlung des Herrenhauses eine begründete Aussicht auf Verständigung nicht eröffne. In diesem Falle würde als zu Rechtswahl ein um die Jahreswende zu rechnen sein.

Schätzpreise für Frühobst. Wie bereits mitgeteilt wurde, wird in diesem Jahre das Obst nicht öffentlich befristet werden. Nach werden Höchstpreise für Obst nicht festgelegt. Wohl aber unterliegt der öffentlichen Vermarktung das Obst- und Gemüseobst und zwar beabsichtigt die Reichsstelle für Obst- und Gemüseobst folgende Erzeugerhöchstpreise festzusetzen: Frühobst 30 M. für den Jänner, Frühbirnen 30 M. für den Jänner, Frühäpfel 30 M. für den Jänner, frühe Pflaumen 30 M. für den Jänner. Die Großhandelszuschläge für Frühobst, Frühbirnen und frühe Pflaumen dürfen auf je 10 M. für Frühäpfel, Frühbirnen und frühe Pflaumen auf je 20 M. festgelegt werden.

Die Arbeitszeit in den Bäckereien. In der am Freitag unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichsanwalters, Fritz Gabelmeier, abgehaltenen Volltagung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien angenommen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die polnische Opposition gegen die Regierung.

Wien, 18. Juli. Im Abgeordnetenhaus folgte der Präsident Conci, er wolle gegen das Budgetprovisorium stimmen. Der Deutsche Parteiländer, das deutsche Volk sei nicht der Meinung, daß mit dem, die den Staat und die Dynastie betrafen, nicht eine Verständigung gesucht werden solle. Wenn das tschechische Volk seiner Vertretung Männer berufen werde, die bei aller Treue und Liebe zu ihrem Volke auch dem Staate zu geben gewillt seien, so sei der Staat sei, so würde eine Verständigung auf dem Boden der Treue und gemeinsamen Vaterlande möglich sein. Der polnische Sozialdemokrat Desjarnik befragte die Abhängigkeit der äußeren und inneren Politik Oesterreichs von Deutschland und wandte sich gegen den Vertrag Frieden, der nur den Anfang neuer Wirren im ganzen Osten Europas bedeute. Der Redner verwies auf die Verhandlungen, die die Frage kurzgemacht habe. Von einer österreich-polnischen Lösung sei überhaupt nicht mehr die Rede. Welche Form der polnische Staat annehmen werde, werde der Wille des polnischen Volkes und die Beschlüsse entscheiden. Redner betonte schließlich die notwendige Verständigung des Krieges. Der Sozialdemokrat Tolpinski erklärte im Verlaufe seiner Rede, daß Oesterreich infolge mangelhafter Vorbereitung für den Krieg in Abhängigkeit von Deutschland, so seine Kräfte nur vorbereiten in den Kampf marschieren ließ, so kommen sei. Das Ergebnis der sogenannten Verständigung des Wahls sei mit Deutschland sei, daß Oesterreich militärisch und wirtschaftlich vollständig seiner Selbständigkeit beraubt und zu einem Vasallenstaat Deutschlands herabgewürdigt werde. Dr. Tolpinski glaubte meinte, durch die seit Anfangsbeginn in der polnischen Frage erzielten Verhandlungen haben sich die deutsche Seite die unentbehrliche österreichische Politik an Vertrauen eingebüßt. Der internationale Charakter der Volkfrage müsse aufrechterhalten werden.

Bevorstehende Geheimnisung des österreichischen Parlamentes.

Wien, 18. Juli. In der heute vormittag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler abgehaltenen Obmannkonferenz wurde vereinbart, die erste Sitzung des Abgeordnetenprovisoriums morgen zu Ende zu führen und die zweite Sitzung am 26. Juli zu beginnen. Montag und Dienstag vormittag wird der tschechische Antrag auf Erhebung der Ministeranfrage verhandelt werden. Die Abstimmung über diesen Antrag wird Dienstag, 12 Uhr mittags, stattfinden. Sodann werden die Verhandlungen über die dringlichen Anträge betreffend die tschechischen Ereignisse erfolgen. Der Ministerpräsident teilte mit, daß die Regierung der Erörterung der militärischen Frage nur dann zustimmen könne, wenn dies in einer geheimen Sitzung geschehen würde. Es wurde weiter vereinbart, sämtliche dringlichen Anträge mündlich